

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 110. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 206.

Weggegebühren für Halle und Querfurt 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die halbjährige Zahlung erfordert unbedingt 6 M. — **Gratis-Beilagen:** Sächsischer Kalender (inkl. Postkosten), im Winterhalbjahr (Samstag), im Sommerhalbjahr (Freitag), zwei illustrierte Monatsblätter, Sächsische Provinzialblätter, Winterbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Weggegebühren für die hochpreisigsten Rollenblätter oder deren Raum für Halle und den Grafskreis zu Wittenberg, auswärts 30 M. — **Reklamen** am Schluß des redaktionellen Teils die Seite 100 frei. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Verkaufsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon Nr. 108 u. 109, Reichs-Handelsdruck Nr. 110. Expediteur: Dr. Straußner-Heidman, Halle (Saale).

Donnerstag, 6. März 1913.

Verkaufsstelle in Berlin: Bernburger Straße 91. Telefon Amt Kurier Nr. 820. Druck und Verlag von Otto Chytrik, Halle (Saale).

Militärvorlage und Deckungsfrage.

Der Gedanke, die hohen einmaligen Ausgaben für die kommende Wehrvorlage durch eine einmalige Vermögensbesteuerung auszubügeln, wird jetzt von der Presse fast aller Parteien viel heftiger aufgefaßt, nachdem er zunächst von vielen Seiten recht beifällig begrüßt worden war. Bemerkenswert allerdings ist dabei, daß sich die meisten Stimmen weniger gegen den Gedanken selbst aussprechen, als vielmehr eine Reihe praktischer Bedenken vorbringen. Es wird auf die politische Wirkung verwiesen, die im Auslande durch einen so außergewöhnlichen Schritt hervorgerufen werden müßte; auf die wirtschaftliche Erschütterung, die aus einem neben allen übrigen Steuern und Abgaben herbeiziehenden Quasi-Verkauf entfallen müßte; auf die Schwierigkeiten schließlich, die namentlich in den Bundesstaaten, die noch keine Vermögenssteuer und daher noch keine Vermögensveranlagung besitzen, durch diese einmalige, das ganze Reich umfassende Vermögensbesteuerung entstehen müßten.

Wir halten diese Bedenken samt und sonderlich nicht für unüberwindlich und wir weisen dabei auf die in unserer letzten Nummer veröffentlichte Erklärung der Deutschkonventionen Partei hin, die es für eine politische Notwendigkeit bezeichnet, jetzt operativ einzutreten für die Sicherheit der Nation.

Die Anregung zu dem Gedanken soll übrigens von Kaiser selbst ausgegangen sein, der für sich in diesem Falle auf das Wort der Steuerfreiheit verzichtete und damit bei allen Bundesfürsten freudigen Anklang fand. Vom 1. April an ist König wird bereits gemeldet, daß er sich sehr sympathisch über die Vermögenssteueränderung und beifolgende mit Freunden bereit zu sein, um des großen Erfolges willen das Zeitige betrauten.

Das Bundesratskreisleiter schreibt man uns: Zu den Überlegungen über den Deckungsbedarf der Regierung für die einmaligen Ausgaben der Wehrvorlage lassen sich zwar wertvolle Stimmen vernehmen; aber auch nicht ein einziger Widerspruch ist laut geworden, wie die an eine Milliarde heranziehenden einmaligen Kosten auf andere Weise zu decken wären. Lediglich auf die Möglichkeit einer Anleihe ist hingewiesen. Das war jedoch noch zu einer Zeit, als der Betrag in seiner wahrnehmbaren Höhe nicht bekannt war. Wer heute etwa noch daran denken wollte, den erforderlichen Betrag auf dem Wege einer Anleihe zu beschaffen, der würde damit beweisen, daß ihm über die Lage des Geldmarktes jede Orientierung fehlt. Wenn in Finanzkreisen erzählt wird, daß schon die letzten Anleiheverhandlungen, an denen das Reich mit nur 50 Millionen beteiligt war, im gegenwärtigen Zeitpunkt nur von dem Gesichtspunkte aus als berechtigt erscheinen konnten, weil für die kommenden Monate mit einer noch stärkeren Verflüchtung des Geldmarktes zu rechnen ist, so kann man daraus eine Vorstellung gewinnen, ob es möglich wäre, in absehbarer Zeit unterem Geldmarkt eine derartige Belastung zu bewerkstelligen. Mit der Beendigung des Balkankrieges werden zweifellos an den Geldmarkt aller Länder Anforderungen gestellt werden, die viel leichter kaum jemals da gewesen sind. Es wäre also schon aus diesen äußerlichen Gründen eine vollkommen unmögliche Idee gewesen, die einmaligen Ausgaben durch Anleihen zu bezahlen. Außerdem aber scheint die Reichsregierung entschlossen zu sein, trotz dieses außerordentlichen Mehrbedarfs von den seit der Finanzreform des Jahres 1909 aufgestellten Grundrissen einer planmäßigen Schuldentilgung nicht abzugehen. Und in diesem Verhalten wird sie hoffentlich auch im Reichstage Unterstützung finden. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß die neuen Heeresausgaben die Reichsfinanzen wieder in den Zustand der Berrückung hineinführen, aus dem sie erst in den letzten drei Jahren glücklich herausgekommen sind. Vom Jahre 1914 ab sollen im Heeresetat keine außerordentlichen Ausgaben mehr eintreten, und im Jahre 1917 sollen auch die Kosten für die Flotte von außerordentlichen Etat verschwinden sein. Dieses Ziel und der Entschluß, in Zukunft Anleihen nur noch zu veränderlichen Zwecken aufzunehmen, darf auch durch die kommende Wehrvorlage trotz ihres außerordentlichen hohen Bedarfs nicht verlassen werden. Und darum bleibt der Reichsregierung tatsächlich kein anderer Ausweg, als eine einmalige Abgabe von Vermögen. Man hat diese Abgabe eine Kriegsteuer genannt und sie damit als eine für das Ansehen unserer Finanzlage schädliche Maßnahme gekennzeichnet. Der Name „Kriegsteuer“ ist aber durchaus nicht als unzutreffend anzusehen. Der Unterschied gegen die Kriegsteuern anderer Länder und anderer Zeiten besteht nur darin, daß die jetzige Abgabe nicht einer mit den Lasten eines Krieges leidenden Lande, sondern an der Beendigung eines Krieges in einer Zeit glänzender wirtschaftlicher Entwicklung dem überflüssigen Besitz auferlegt wird.

Die ausländische Politik und die deutsche Wehrvorlage beirrt die „Allg. Ztg.“ in einem längeren, offenbar von Berlin inspirierten Artikel, in dem es u. a. heißt:

„Bei der Wehrvorlage handelt es sich nicht um eine Vermögensaufgabe. Für die Gegenwart ist die deutsche Rüstung jetzt genau für jede Möglichkeit. Das, was die deutsche Nation aufzueben wird, ist zukunftsarbeit, nachdem sich mit dem nationalen und militärischen Aufschwung der slavischen Weltmächten auf dem Balkan eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des gesamten Slaventums eingestellt hat. Das mit Frankreichs Beispiel folgen und unsere Wehrkraft voll auszunutzen, nimmt unserer Wehrregel vollkommen jeden aggressiven Charakter.“

In verschiedenen Blättern war gemeldet worden, daß die sächsische Regierung dem Vorhaben der Reichsregierung Widerstand entgegenzusetzen und mit ihr in Differenzen geraten sei. Dem ist aber nicht so. Die sächsische Regierung erklärt vielmehr in der offiziellen „Veis. Ztg.“, daß gehofft werden darf, daß an der Hand des Vorbeschlages der Reichsleitung über die Aufbringung der einmaligen Kosten und mit ihr zusammen leistet gemeinsamen Wege zur Beschaffung des Laufen den Bedarfs gefunden werden. Der sächsische Widerstand richtete sich nämlich gegen die Art der Aufbringung der laufenden Ausgaben. Allerdings kommen der sächsische Regierung auch Bedenken gegen die einmalige Abgabe bei, die aber, wie sie sagt, nur eine einmalige, ganz ausnahmsweise durch die außerordentlichen Umstände bedingte sein könne, und daß gegen jede Wiederholung volle Gewähr geschaffen werden müsse.“

Die Angaben der Presse über eine angebliche starke Progression der einmaligen Vermögensaufgabe zur Deckung der einmaligen Kosten der Heeresvorlage beruhen auf reiner Kombination ohne tatsächliche Unterlage. Abmahnungen der Steuerläge der bezogenen Art sind am Platze, wo es sich um dauernde Steuerleistungen handelt. Hier aber kommt ein einmaliges Opfer an Vermögen in Frage. Dabei werden lademalig zwar die kleineren Vermögen außer Betracht bleiben können; wie hier die Grenze zu ziehen sein wird, ist diskutabel. Aber bezüglich derartiger Vermögen, die zu der Auflage herangezogen werden, kann es der Natur der Sache nach weder eine Degression noch eine Progression geben, vielmehr wird der Prozentsatz für alle Vermögen gleich festzusetzen sein. Für die Höhe dieses einheitlichen Prozentsatzes ist naturgemäß einmal der Gesamtbedarf für die Deckung jener einmaligen Ausgaben, weiter der geschätzte Gesamtbetrag des deutschen Vermögens und endlich die Befreiungsgrenze maßgebend. Auch die Zahlen, die jetzt nach dieser Richtung angegeben werden, beruhen daher nur auf Vermutung.

Kein Erfolg der Großmächte?

Aus gut informierter Quelle wird mitgeteilt, daß sowohl Serbien als auch die anderen Verbündeten jetzt die Vermittlung der Mächte ablehnen werden, da die bisherigen Vermittlungsversuche der Mächte erfolglos blieben. Man nimmt daher hier an, daß auch der diesmalige Versuch der Mächte scheitern würde.

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ schreibt zu allgemeinen politischen Situation: Die Standpunkte der Türkei und des Balkanbundes scheinen noch ziemlich weit auseinanderzugehen. Wie aus Paris von besonderer, sehr gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, behält innerhalb der Triple-Entente in bezug auf die Frage der Zahlung einer Kriegsentwädigung keine billige Heberei einmündig. Während Frankreich und England sich der Idee einer Kriegsentwädigung gegenüber ablehnend verhalten, ist Ausland eher geneigt, auch hier den Wünschen des Balkanbundes entgegenzukommen. Was die Höhe der Kriegsentwädigung betrifft, so wird erklärt, daß Bulgarien seine Ansprüche auf 750-800 Millionen bezieht. Weder im bulgarisch-serbischen Streitfall noch in der Abgrenzungsfrage Albanien ist irgend eine Verringerung eingetreten.

Die „Königliche Zeitung“ meldet offiziös aus Berlin: Gestern ist von den Großmächten die Kollektiv-Anfrage an die Balkanstaaten gestellt worden, ob sie bereit sind, die Vermittlung der Großmächte für den Friedensschluß anzunehmen. Was die Aufnahme der Anfrage betrifft, so sind die ersten Eindrücke nicht ungünstig. Es wäre aber berechtigt, daraus allein weitgehende Schlüsse zu ziehen. Die Balkanverbündeten nehmen jetzt untereinander die Fühlung, um den Großmächten eine gleichlautende Antwort zu übermitteln. Erst wenn die Antwort der Verbündeten bekannt ist, läßt sich ein einigermaßen sicherer Schluß auf die Nähe des Friedens ziehen.

Die Verbündeten unter sich.

Die serbische Presse führt fort, die Haltung der Bulgaren in der serbisch-bulgarischen Grenzfrage in der schärfsten Weise zu bekämpfen. Die Angriffe richten sich insbesondere gegen den bulgarischen Abgeordneten Malinow, welcher in der Söranze die Erwartung ausdrückt, daß Serbien keine Forderung stellen lassen werde. Einzelne serbische Blätter greifen auch die serbische Re-

gierung an, indem sie ihr den Vorwurf machen, daß sie sich in den die serbischen Interessen im höchsten Maße berührenden Streitfragen zu passiv verhalte.

Die griechischen und bulgarischen Soldaten kam es in Thessalon bei Serres aus noch unangeklärten Gründen zu einem blutigen Zusammenstoß, wobei angeblich 4 Mann getötet und verwundet worden sind. Der Vorfall wird untersucht.

In den Grund geböhrt.

Der griechische Transporthampfer „Themistokles“, mit Truppen und Geschützen für Saloniki an Bord, wurde von dem türkischen Kreuzer „Samidieh“ in der Nähe von Kassandra zum Sinken gebracht. Von der Mannschaft soll niemand gerettet worden sein. Zwei weitere griechische Transporthampfer mit serbischen Truppen konnten sich nur durch schlechte Flucht retten.

Die Abrüstungsabstimmung.

Das Demobilisationsdekret, das zu gleicher Zeit in Wien und Petersburg veröffentlicht werden soll, wird denselben gleichlautenden Text haben. Die Abfassung des Dekrets ist von den österreichischen und russischen Diplomaten beinahe vollendet. Es handelt sich nur noch um einige unwesentliche Einzelheiten, die noch der Zustimmung der beiden Regierungen bedürfen.

Die fengenden Bulgaren.

Dem Konstantinopeler „Tanin“ zufolge haben die Bulgaren in den letzten Wochen im Vilajet Saloniki nicht weniger als 400 muhamedanische Dörfer in Brand gesteckt und vollkommen zerstört.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 5. März 1913.

Am Tische des Bundesrats: v. Tirpitz. Präsident Dr. Baumbach eröffnete die Sitzung nach 2¼ Uhr und erteilte sofort das Wort dem

Staatssekretär des Reichsmarineamts Großadmiral v. Tirpitz: Ich habe dem hohen Hause die traurige Mitteilung zu machen, daß unsere Marine in der letzten Nacht, am Mittwoch, von einem schweren Unglücksfall betroffen ist, welchem eine größere Anzahl von Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Es handelt sich um einen Zusammenstoß zwischen seiner Majestät großem Kreuzer „Bore“ und dem Torpedoboot S 173. Genauere Angaben habe ich darüber selbst noch nicht. Ich weiß auch nicht, ob der Unfall direkt während des Manövers stattgefunden hat, aber unmittelbar darauf, nachdem die Lichter schon gelöscht worden sind, mo natürlich schon eine gewisse Erschütterung gegenüber den letzten Anspannungen eingetreten ist. Daß verhältnismäßig wenige getötet wurden, nur der Arzt, der Ingenieur und 15 Unteroffiziere und Mannschaften, ist vermutlich und wahrscheinlich dem schweren Sturmwind und dunklen Wetter in der Nordsee anzuschreiben. Meine Herren, die Marine betrauert den frühen Seemannstod so vieler unserer Kameraden aufs tiefste. Sie wird sie in hohen Ehren halten, und der Unglücksfall, meine Herren, wird der Marine ein Ansporn sein, den dahingefahrenen Kameraden in großer Pflichterfüllung zu folgen und zu dienen für Kaiser und Reich.

Präsident Dr. Baumbach: Meine Herren! Mit tiefem Schmerz haben wir die Trauerbotschaft vernommen, die der Staatssekretär des Reichsmarineamts uns soeben überbracht hat. Der Deutsche Reichstag wird mit dem gesamten deutschen Volke den trauernden Männern, die in ihrer treuen Pflichterfüllung den Tod gefunden haben, ein ehrenvolles Andenken bewahren. Sie haben sich um Seihen dieses von ihren Eichen erhoben, was ich hiermit feststelle.

Das Haus trat hierauf in die Tagesordnung ein. Eine Anzahl Petitionen, welche von der Petitions-Kommission für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet sind, wurde für erledigt erklärt. Die Petition an die Petenten werden dementsprechend ergehen.

Es folgte die Beratung des am 7. Februar 1913 von den Deutsch-Roumanen eingeleiteten Antrags v. Hermann und Senfener: Den Reichstagsrat zu erlauben, dahin zu wirken, 1) daß mehr kleine Garnitionen geschaffen werden und besonders kleine Städte, die früher schon einmal Militär hatten, berückichtigt werden; 2) alljährlich den Militärurlauben einmal freie Eisenbahnpfadt, unter Benutzung von Schnellzügen, zu gewähren; 3) Enturlauben in größerem Umfange, soweit dies mit den dienstlichen Interessen vereinbar ist, zu bewilligen; 4) alljährlich nur einmal Kontrollverfammlungen abzuhalten; 5) Entschädigen den sonstigen Schäden, die durch militärische Übungen verursacht werden, schneller abzugleichen; 6) eine Erhöhung der Servicegelder für Wehrbeauftragten.“

Auf Antrag des Abg. Wehrns (Witfch. Bg.) wurde ein Initiativgesetz gleicher Tendenz, der ebenfalls vor Jahresfrist von seiner Gruppe eingebracht ist, mit zur Verhandlung gestellt.

Abg. v. Hering (Deutschf.) : Von der Schaffung einer größeren Anzahl kleiner Garnitionen würden nicht die besten Agrarier den Hauptvorteil haben, sondern der gesamte Mittelstand und in erster Linie die Handwerker. Keine Stadt wird sich freuen, die Kosten auf sich zu nehmen, die durch die Übernahme von Garnitionen bedingt sind. Wir setzen auf dem Standpunkt, daß es eine große Gefahr ist, derartig viele Leute in die großen Städte zu ziehen, wo sie alljährlich der Agitation der Sozialdemokratie ausgesetzt sind, die ihren antimilitärischen

Dr. Straußner-Heidman, Halle (Saale)

Charakter nicht verleugern kann. Die Disziplin wird auf ihre Verheißung allmählich untergraben. Die Verhältnisse im vorigen Jahre haben gezeigt, wie notwendig es oftmals ist, mit einer möglichst großen Anzahl von Reuten die Ernte unter Dach und Fach zu bringen. Deswegen sollte eine Veranlassung zu diesem Zwecke in größerem Umfang erfolgen. Der Steuerverrat weist die Konventionen an, die einzelnen, der fähig, sie müssen mit der Annahme unseres Antrages in erster Linie dem Mittelstand (Wiederholer, lebhafter Beifall rechts.)

Hg. Noke (Sop): Wir vermögen nicht dem Antrage in allen Teilen zuzustimmen und beantragen schon jetzt Einzelabstimmung über die verschiedenen Punkte. Eine Erhöhung der Erntegelder für Pferde ist berechtigt. Bei den Wanderverdiensten wollen die Landwirte bei ihrer bekannten Begehrtheit wieder Extraprozente beanspruchen. Für Einschränkung der Kontrollverordnungen sind auch wir. Der Erntelauf ist nur ein Vorbehalt; es muß auf Verknüpfung der Dienstzeit hingearbeitet werden. Die Erntelauber müssen sofort erhalten wie die Arbeiter. (Hört die Abg. Kraemer: Sie erhalten mehr!) Die Landwirte müssen anständige Wohnungsverhältnisse und Wohnverhältnisse schaffen, dann bleiben die Reute. Der Schaffung kleiner Garnisonen stimmen wir nicht zu, aus Sparmaßregeln. Von Sparmaßnahmen ist überhaupt nichts zu merken, namentlich wenn es sich um Erziehung eines ganzen Regiments Fußaren zu hübschen Zwecken, um eine halbe Stunde Spalier zu bilden, handelt.

Hg. Angezogen (Str.): Die Erntelauber sind auf dem Lande geduldet, auf die Landwirte sind die meisten Soldaten gestellt. Bei Eisenbahnvermittlung sollte den Arbeitern die Fahrt in Eisenbahn eingeräumt werden. Ich bitte, den Antrag möglichst einklimmig anzunehmen.

Hg. Schilling (Nat.): Den Soldaten ermaßen große Kosten durch die Garnisonen. In den Anforderungen sollte die Militärverwaltung nicht zu weit gehen. Die freie Eisenbahnfahrt sollte auch den Reuten der Regimentskubiken durch Verwendung von Militärspazieren weitestens teilweise zugewendet werden. Für die Soldaten verlangen wir Dreierportfreiheit. Im übrigen stimmen wir dem Antrage in allen Teilen zu.

Hg. Weinhausen (Horsf. Vot.): Als vor 14 Tagen der Präsident den Inhalt dieses Antrages vorlas, ging ein Gelächter durch das Haus, welches die Antragsteller etwas stüblich zu machen schien. Wenn jetzt ausgerechnet diese alte abgetragene Sache auf die Tagesordnung kommt, liegt die Vermutung doch sehr nahe, daß man sich kurz vor dem preußischen Landtagsauflösung in den Schritten nach rechts bewegen will. (Gelächter rechts.) Auf: Von einem Jahre eingekracht! Gewiß, aber die Konventionen haben eine Menge Initiativangebote eingebracht und gerade diesen jetzt zur Diskussion stellen lassen. Das hindert uns aber keineswegs, uns diesen Forderungen, die zum großen Teil auch die unseren sind, wohlwollend gegenüberzustellen. Wir wünschen innerwärts die tüchtigste Berücksichtigung dieser Forderung. Für die freie Urlaubsfahrt besitzt der Kriegsminister ein „mohliges Herz“, aber vor den 8 Millionen Kosten spricht er zurück. Was sind 3 Millionen bei unserem Milliardenetat? Wir müssen wünschen, daß der Zusammenhang des Soldaten mit seiner Familie erhalten bleibt; aus gleicher Erwägung wünschen wir auch das Zugeländnis der Verwendung der Schwelger, denn was mühen die Soldaten 10 Tage Urlaub, wenn er danach hier oder dort auf der Welt herum zu bringen muß? Übrigens muß, was dem Landwehr v. d. H., der Marine billig sein. Angesichts der neuen Verordnungen sollten wir die Reutekosten tragen auch keine Gehalten bringen, die die Grundhaft zwischen Heer und Volk erheben. Deshalb stimmen wir für den Antrag.

Auf Antrag Hagemann (Nat.) wird ein bereits früher geheimer Antrag der Nationalliberalen, der dieselbe Materie behandelt, mit zur Debatte gestellt.

Hg. v. Carben (Heisf. Vot.): Gerade für die Kavallerie sind kleine Garnisonen von besonderem Vorteil. Der Erntelauf soll nur dann bewilligt werden, wenn die Witterungsverhältnisse eine möglichst schnelle Einbringung der Ernte verlangen. Ein Abn der Kontrollverordnungen sollte man der Militärverwaltung zur Ermüdung überlassen. Es können Umstände eintreten, die es erfordern, es beim letzten Verfahren zu lassen. Bei großen Wintern müssen auf jeden Fall die Witterungsverordnungen vernichtet werden. Parteipolitiker haben uns nicht zur Einbringung dieses Antrages gelehrt. Der Antrag soll nur entstandene Schäden wieder gut machen.

Hg. Klemmer (Witf. Vot.): Kleine Garnisonen sind nötig, um den Konnex der Soldaten mit ihrer Heimat aufrecht zu erhalten. Im großen und ganzen stehen wir dem Antrage sympathisch gegenüber.

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Das Schlußwort namens der Antragsteller erhält

Hg. Weibel (Deutschf. Vot.): Der Hg. Noke sprach von einer Bevorzugung des Adels usw. Er sprach auch von den schlechtesten Wohnungen auf dem Lande. Herr Noke, ich lade Sie ein, sich einmal die Wohnungen auf dem Lande im Osten anzusehen. Unsere Wohnungen auf dem Lande sind sehr viel besser als in den großen Städten. (Sehr richtig!) Herr Weinhausen sagte, unser Antrag sei mit Rücksicht auf die bevorstehenden Landtagsauflösung gestellt. Von einer Beschlusse kann keine Rede sein. Ich stelle fest, daß unser Antrag bereits im Februar v. J. gestellt worden ist. Was unser Antrag selbst betrifft, so möchte ich die Erhöhung des Erntegeldes für Pferde besonders empfehlen; hier herrschen in der Tat Mängel. Für die Vermehrung der kleinen Garnisonen spricht auch ein moralisches Moment der Eiderheit für die Umgehende in den Fall eines Krieges. Im Westen haben wir eine ganze Reihe kleiner Garnisonen. Wir im Osten können das leider nicht behaupten. Unsere Anträge werden vom Kriegsministerium mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß dies die Mobilisierung gefährde. Was für den Westen möglich ist, sollte auch für den Osten möglich sein. In den kritischen Novembertagen herrsche bei uns im Osten eine Panik. Es wurde gesagt, daß zwei russische Kavalleriedivisionen folgen und der Verdenen an der Grenze ständen. Es sind materielle Schäden entstanden, die sehr böse Folgen hatten. Es ist ersichtlich, daß die Veranlassung die vorkriegliche Grenze nicht besteht. Die Grenzlinie haben wir zurück gerückt, daß der letzte Quadratmeter außerpreussischer Erde gesichert ist. (Sehr richtig!) Das 20. Armeekorps ist nicht in der Lage, die beinahe 200 Kilometer lange Grenze auszureichen zu schützen. Ich hoffe, daß die Armeeleitung zu unseren Wünschen wohlwollende Stellung nimmt.

Zur Geschäftsordnung erklärt Hg. Noke (Zentr.) sein Bedauern, durch den Schluß der Debatte verhindert worden zu sein, seine Bitte zu begründen, daß zum Zwecke der Bekämpfung der in den Weinbergen ausgebrochenen verheerenden Krankheiten dem Militär recht ausgiebig Urlaub erteilt werden soll. In der Abstimmung wirdiffer 1 des Antrages gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Forderung

der freien Urlaubsfahrt gelangt einstimmig zur Annahme, ebenso die Forderung des Erntelaufs und der Beschränkung der Kontrollverordnungen, der zahlreicheren Beschäftigung der Pferde und der Erhöhung des Erntegeldes für Pferde. Die parallel gehenden Anträge der Nationalliberalen und der wirtschaftlichen Vereinigung werden ebenfalls einstimmig angenommen, darunter auch die Forderung der portofreien Beförderung von Reuten an Soldaten.

Das Haus geht über zur Beratung von Berichten der Petitionskommission.

Es folgen Petitionen. Eine Petition auf reichsgesellschaftliche Regelung der Wanderfürsorge wurde nach kurzer Debatte zur Berücksichtigung überwiesen, soweit sie sonstige Maßnahmen verlangt, zum Beispiel Beschäftigungspflicht für Wanderer, durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Eine Reihe von Petitionen wurde nach den Anträgen der Kommission erledigt, darunter eine Petition auf Festlegung des Osterfestes, die der Regierung als Material überwiesen wurde.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Notet, Kolonialetat.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
Sitzung vom 5. März 1913.

Im Regierungsbüro: v. Breitenbach.
Vizepräsident Dr. Forst eröffnete die Sitzung um 1 1/2 Uhr mit folgenden Worten: Meine Herren! Unsere Marine ist in der letzten Nacht von einem schweren Unglücksfall betroffen worden. Zeitungsnachrichten zufolge ist bei einer Nachtschiffahrt das Torpedoboot S 178 gesunken worden und augenblicklich gesunken. 58 Mann von der Besatzung fanden dabei den Tod. Die Herren, welche ich bisher gesprochen habe, waren gleich mit viel ergriffen von dem Unglücksfall. Ich glaube, den Gefühlen der hier Versammelten zu entsprechen, wenn ich von dieser Stelle aus unserer tapferen Marine und den Sinterliebenden der verunglückten braven Mannschaften unseren herzlichsten Anteil ausspreche. (Lebhafter Zustimmung.)

Die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung wird in der gestern begonnenen Debatte bei den dauernden Ausgaben für die Besoldungen des Eisenbahnpersonals fortgesetzt.

Vizepräsident Dr. Forst: Die für die Beratung des Etats festgesetzte Zeit ist bereits überschritten worden. Es ist notwendig, daß wir unsere Beratungen beschleunigen, da der Etat am 18. April dem Reichertshaus gehen muß.

Hg. Dr. Schröder-Galle (Nat.): Die Lage der mittleren und unteren Eisenbahnbeamten muß aufgehellt werden. Am schlechtesten hat die Werkführer und Zeichner gestellt. Die Subkommission ist über die Petitionen der Beamten zur Tagesordnung übergegangen, anstatt ihre schärfste Berücksichtigung zu unterfragen. Auf die Dauer wird eine Nachprüfung der Besoldungsordnung, die mangelhafte Gärten und Fehler enthält, nicht zu umgehen sein. Es geht auf die Dauer nicht an, daß die preussischen Beamten schlechter gestellt sind als im Reich. Ebenso ist es ein Mißstand, daß die vortragenden Wäite in Preußen und im Reich eine verschiedene Besoldung haben.

Minister v. Breitenbach: Der Etat enthält eine solche Vermehrung von etatsmäßigen Stellen, wie es in den letzten Jahren noch nicht vorgekommen ist. Ferner sollen Verbesserungen zum Zweck der Dienstleistungsfähigkeit das gesamte Personal um 10 Prozent erhöht werden. Insbesondere soll von 1. Mai ab das Subpersonal nicht unerheblich vermindert werden, die Abseits der räumigen der Reichsbehörden erledigt werden, ebenso der Nachdienst. Die Remunerationen- und Unterhaltungsabteilung haben eine ganz erhebliche Erhöhung erfahren, sie machen in diesem Etat 7,8 Millionen Mark mehr aus, als im vorigen Etat. Bei der Verteilung des Etats wird man also anerkennen können, daß die Verwaltung sehr lebhaft bestritten gewesen ist, die Verhältnisse aller ihrer Angestellten zu verbessern. Auch die Arbeiterklasse sind in den letzten Jahren wesentlich aufgehellt worden. Die erheblichen Punktszulagen für das Personal im Westen rechtsrheinisch sind durch die große Inanspruchnahme infolge des dortigen Dienstes. Zeitweilen muß das Personal natürlich bei hartem Verkehr mehr leisten, als sonst beantragt wird. Die Pensionstände der Eisenbahnarbeiter werden wir immer leistungsfähiger zu gestalten.

Hg. Dr. Kahrensch (Horsf. Vot.): Wir wollen an der Besoldungsordnung, soweit es möglich ist, nicht rütteln, ermarken aber, daß die vielen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der Besoldung beseitigt werden. Wir haben daher den Antrag eingebracht, daß von den Besoldungszulagen ein möglichst weitgehender Gebrauch gemacht wird. Eine Forderung der Gerechtigkeit ist es ferner, daß die Eisenbahnbeamten im Reich gleichgestellt werden. Der Wohnungszulagen für die Unterbeamten muß erhöht werden.

Hg. Delius (Horsf. Vot.): Auch wir wünschen eine Nachprüfung der Besoldungsordnung. Am liebsten hätten wir die Gewährung von allgemeinen Zulagen gesehen. Auf das Allerhöchste müssen wir es beurteilen, daß der Ehrenvorsitz des Bundes Deutscher Militärbeamter, der zugleich Mitglied dieses Hauses ist, den Vorstand des Bundes demnach bei den vorsehenden Behörden denunziert hat, daß ein Vorstandsmitglied verlegt worden ist. Das ist in der preussischen Beamtenstellung noch nicht vorgekommen. In der Öffentlichkeit ist ihm ja auch schon hart mitgespielt worden, wobei unser Gesetz gar nicht mehr schärfer ausfallen kann. Auch die Freunde des Herrn v. Klöben scheinen jetzt abzurücken, es soll in seinem Wahlkreis, einer Zeitungsmeldung zufolge, ein anderer Kandidat aufgestellt worden sein.

Hg. Veinert (Zog.): Für die Unterbeamten ist nicht nur die Gewährung von Zulagen, sondern eine dauernde Aufbesserung notwendig. Die Söhne der Eisenbahnarbeiter sind geringer, als die der Privatindustrie. Den Eisenbahnarbeitern muß in höherem Maße die Möglichkeit gegeben werden, Beamte zu werden. Ihre Arbeitszeit, die bis 10 Stunden dauert, muß verkürzt werden. Die Arbeiterausführung haben gerügt die Möglichkeit, die Wünsche der Arbeiter mit zu berücksichtigen. Die Eisenbahnarbeiter sehen gemißfassen unter Polizeiaufsicht. Sie werden zu widerlichen Kreaturen gemacht.

Minister v. Breitenbach: Wenn der Hg. Veinert sucht, die Eisenbahnverwaltung, die innerlich und äußerlich das Landes Ansehen vermindert, zu distanzieren, so habe ich das Vertrauen zu den Angestellten der Eisenbahnverwaltung, daß sie über die Kritik des Hg. Veinert lachen. (Stürmischer, anhaltender Beifall rechts und im Zentrum.) Wenn auch nur der geringste Teil seiner Behauptungen wahr wäre, so würde die Eisenbahnverwaltung nicht zu allen Seiten von Kritikern für Beamten- und Arbeiterfeindlich umwoben sein. Die Arbeiterklasse sind durchaus auskömmlich

Ein erheblicher Teil der Arbeiter rückt in Beamtenstellungen ein. Die Stellung des Chefs der Eisenbahnverwaltung ist den sozialdemokratischen Behauptungen ist eine feste und unerlöschliche. (Beifall rechts.) Ich habe das Vertrauen zu dem gesamten Personal der Eisenbahnverwaltung, daß es den Verdächtigungen, die von dieser Partei ausgehen, mit Erfolg widerlegen wird. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 10 Uhr vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Kaiser ist, von Bremen kommend, gestern abend 9 Uhr 45 Minuten auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin eingetroffen.

Die Kaiserin ist mit Prinzessin Viktoria Luise und dem Gefolge gestern nachmittag um 2 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin eingetroffen.

Prinzregent Ludwig von Bayern und Gemahlin treffen heute zum Besuche am kaiserlichen Hofe in Berlin ein. Alle Wäiter, voran die „Nord. Allg. Ztg.“, widmen dem Besuche herzliche Willkommensworte.

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf einer neuen Dienstausweisung betreffend die Einziehung und Verrechnung der für die Geschäfte des Reichsgerichts in Anlag kommenden Kosten den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Entwurf einer Salzabgaben-Befreiungsordnung und dem Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in Glashütten usw. wurde die Zustimmung erteilt.

Die Subkommission des Reichstags nahm gestern das Gtatnotgesetz an mit kleinen Erleichterungen bzw. Zurückstellungen von Positionen. Im einzelnen ist davon mitzuteilen: Der Kriegsminister begründet ausführlich und teilweise vertraulich die im Besetze enthaltene Forderung eines neuen Armeezusatzes in Danzig. Von den sieben Positionen sind vier nicht etabliert, drei etabliert. Die vom Erbringen von Meinungen innegehaltene Inspektion ist nicht etabliert und wird etabliert. Die Armeezusatzposition werden in Zukunft erhöhte Bedeutung haben und vermehrte Aufgaben bekommen. Gegenüber der Armeegruppe die Forderung bis zur Vorlegung der Militärvorlage zurückzustellen, begründet der Kriegsminister die Dringlichkeit.

Die in Aussicht genommene Festlegung des Abgeordnetenhauses am 10. d. Mts. wird aus veränderlichen Gründen, namentlich, weil eine zu spätige Festlegung der in die Osterferien gehenden Volksvertreter befristet wird, nicht stattfinden. Der Tag wird kürzungsreich bleiben.

Verlegung eines Teiles der Kriegsabteilung des Armeegruppen-Büros. Wie die „Magdeburger Ztg.“ erfährt, wird demnach ein Teil der Kriegsabteilung des Armeegruppen-Büros von Magdeburg nach Offen verlegt. Es handelt sich um die Panzerturnfortifikation. Zedemische Gründe sollen für den Entschluß maßgebend gewesen sein.

Ausland.

Der französische Ministerat für die dreijährige Dienstzeit.

Der unter dem Vorsitz des Präsidenten Boissac abgehaltene Ministerat genehmigte den der einmütigen Meinung des Obersten Kriegsrats entsprechenden Beschlusse betreffend Einführung der dreijährigen Dienstzeit ohne Ausnahme und ohne Vergünstigung. Der Gesetzentwurf wird schon heute der Kammer vorgelegt werden.

Das Marine-Unglück.

Ueber den Vorgang des Unglücks bei Helgoland werden folgende Einzelheiten bekannt: Die 11. Torpedobootflottille wollte Dienstag abend kurz vor 12 Uhr nach beendiger Übung mit noch abendenden Lichtern hinter der Düne von Helgoland vor Anker gehen. In demselben Augenblick fehrte auch der große Kreuzer „Jord“, der seit mehreren Tagen Übungen bei Helgoland abhält, von einer Übung zurück und wollte ebenfalls hinter der Düne vor Anker gehen. Infolge des hohen Seeganges rannte der Kreuzer mit dem Torpedoboot „S. 178“ zusammen, was hinter dem letzten Schwertstein getroffen wurde, sich sofort auf die Seite legte und nach ganz kurzer Zeit sank. Die Rettungsarbeiten wurden durch die infolge des herrschenden Westwinds sehr hochgehende See sehr erschwert. Es sind durch den Kreuzer „Jord“ vier Mann und durch drei Torpedoboote weitere elf Mann gerettet worden.

Zu dem Unglücksfall des „S. 178“ wird uns weiter gemeldet: Das untergegangene Torpedoboot „S. 178“ war in Wilhelmshaven beheimatet und gehörte zur zweiten Torpedobootflottille. Der Unglücksfall ist als ein rein zweifelhafte und nicht als militärisch anzusehen, da er sich ereignete, als die Nachbildung bereits beendet war und die Schiffe sich auf dem Niedrig befanden. Die Meldung, daß mit abendenden Lichtern gefahren wurde, ist unrichtig. Nach Beendigung der Nachbildung gehen an Bord des Flaggschiffes zwei grüne Doppelsterne hoch, die das Signal zum Einstellen der Lichter darstellen. Sofort erheben auf allen Kommandobrücken dann der Besatz, die Lichter einzustellen und es werden sofort Nachbord- und Steuerbordsicht, Heck- und Dampferlaternen eingeschaltet. Kommandant des „Jords“ ist Frequentkapitän Klöbener. Wie das Unglück sich ereignete, liegt noch nicht genau fest, bisher ist nur soviel bekannt geworden, daß „S. 178“ zwischen dem kleinen Kreuzer „Kolberg“ und dem großen Kreuzer „Jord“ hindurchfahren wollte und wohl infolge eines mißverständlichen Steuerkommandos direkt in die Fahrtlinie des „Jords“ lief. Die See war außerordentlich hoch, so daß die Rettungsarbeiten ungemein erschwert wurden. Das Schiff wurde so unglücklich getroffen, daß es mitten entzweit wurde und sofort sank. Von allen Schiffen, die sich in der Nähe befanden, wurden sofort Rettungsboote ausgelegt und nach bisher eingegangenen Funkenprüchen haben noch eine ganze Reihe von Schiffen Gerettete an Bord.

Salit das Einreibemittel Rheumatische Schmerzen, Arterien, Krämpfe. In Apotheken, Flasche 1/30.

